

**Sperrfrist 09.12.2024, 15 Uhr (Es gilt das gesprochene Wort)**

## **Haushaltsrede 2025**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Herr Kämmerer Schwarz,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Gäste der Stadtratssitzung,

in dem Vorbereitungsdokument zur Einbringung des Haushalts für 2025 wurde auf die großen Internationalen Konflikte und andere nationale Herausforderungen eingegangen. Uns ist allen bewusst, dass diese Krisen einen enormen Einfluss auf unser Leben haben. Aber leider hat hierauf die Stadt Ludwigshafen nur einen geringen Veränderungseinfluss.

Nicht nur in der Welt, sondern auch in Ludwigshafen begegnen wir großen Herausforderungen, die leider weder benannt, noch bewertet wurden.

Wir sehen im demographischen Wandel, dem Mangel an Arbeits- und Fachkräften, in der überbordenden Bürokratie und dem Nichteinhalten des Konnexitätsprinzips wichtige Themen, die wir im Haushalt abbilden müssen.

Dem Haushalt 2023 hatten wir ausnahmsweise zugestimmt, hatten aber auch offen kommuniziert, dass wir weitere Haushaltsvorlagen nur dann zustimmen, wenn folgende Voraussetzungen geschaffen sind:

1.

Wir Liberalen erwarten, dass sich die Stadt Ludwigshafen am Rhein gegen die Landesregierung und das Land Rheinland-Pfalz endlich wehrt. Wir erwarten, dass das Konnexitätsprinzip nicht weiter verletzt wird. Kumuliert man von 2015 bis 2025 das

sogenannte „soziale Defizit“, so ergibt sich für den Zeitraum von 10 Jahren der astronomische Betrag von € 1.853 Millionen, mithin € 1,853 Mrd.€, d.h. dieser Betrag hat das Land Rheinland-Pfalz zur Erfüllung von Pflichtaufgaben nicht an die Stadt Ludwigshafen am Rhein gezahlt, weshalb sich das jährliche Defizit von Jahr zu Jahr erhöht.

Würde das Land seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtung nachkommen, wären wir deutlich in den schwarzen Zahlen und könnten einen Überschuss ausweisen. Es kann nicht sein, dass die ADD berechtigterweise einen nicht ausgeglichenen Haushalt als nicht rechtskonform reklamiert, aber beim gesetzeswidrigen Verstoß der Konnexität sich stumm verhält.

Dieses Geld wollen wir vom Land klageweise ersetzt erhalten. Wir unterstützen eine solche Klage, da sonst die Haushalte nie „ausgeglichen“ sein können. Außerdem fordern wir bei allen zukünftigen Maßnahmen, die zur Genehmigung dem Stadtrat vorgelegt werden, einen Konnexitäts-Indikator auszuweisen. Der Konnexitäts-Indikator soll den % Grad und absoluten Betrag der Deckung durch die verursachende Behörde und den % Anteil und den absoluten Betrag der Maßnahme für die Stadt darstellen, der die Konnexitätslücke erhöht. Zusätzlich soll die Höhe der Konnexitätslücke in einer transparenten Art dem Stadtrat unterjährig dargestellt werden.

2.

Die neu eingeführte Haushaltskommission hat sich einer zeitraubenden und mühevollen Arbeit unterzogen. In 7 Sitzungen wurden 67 Ideen zur Umsetzung empfohlen. Wir lesen in den Ausführungen des Kämmerers, dass im Jahr 2024 diese erarbeiteten Vorschläge an die städtischen Bereiche für Interviews und zur Förderung der internen Akzeptanz weitergegeben wurden.

Hier erwarten wir eine Zusammenfassung, welche Vorschläge bisher umgesetzt wurden und welche Verbesserungen der Effizienz oder Kosten erzielt wurden bzw. erzielt werden sollen? Diese erarbeiteten Vorschläge müssen schnell und ergebniswirksam umgesetzt werden.

3.

Im Jahr 2023 wurde eine Sparliste erarbeitet und vom Stadtrat verabschiedet, wonach ca. € 43,5 Millionen eingespart werden sollen. Bis heute konnte uns keine Auskunft gegeben werden, welche Einsparungen in den Haushalt eingeflossen sind. Wir Liberalen erwarten, dass Einsparungen nicht nur in einer Liste aufgelistet werden. Wir Liberalen erwarten, die beschlossenen Einsparziele haushalterisch umzusetzen. Dazu gehört auch, endlich die zwischen 2009 und 2021 erwarteten Zuschüsse von ca. 8,0 Millionen an KiTa-Personalkosten (immerhin 18,3% des Volumens der Sparliste) vom Land einzufordern und entsprechende Anträge zu stellen sowie mitzuteilen, wieviel von diesen benannten 8 Mio.€ bereits zurückgeflossen sind.

Aufgrund des demografischen Wandels werden innerhalb der nächsten 10 Jahren ca. 30 % des Personals in den Ruhestand gehen. Diese werden nicht vollständig durch qualifizierten Nachwuchs ersetzt werden können. Verharren wir auch weiterhin in den Prozessen und Strukturen, wie sie jetzt sind, werden wir zukünftig deutlich weniger leisten können oder sogar im schlimmsten Fall handlungsunfähig werden.

4.

Wir hören von Bürgerinnen und Bürgern, dass gefühlt die Verwaltung immer größer und teurer wird, aber nichts mehr funktioniert. Es muss endlich ein Konzept entwickelt werden, wie trotz dieser Widrigkeiten die Verwaltung weiter funktionieren soll.

Um „Fit für die Zukunft“ zu sein, fordern wir wiederholt eine Neuausrichtung der Stadtverwaltung mit Fokussierung auf die Kernaufgaben, Prozessoptimierungen, Digitalisierung, verstärkte überregionale Zusammenarbeit sowie Shared Service mit anderen Gemeinden.

Im neuesten Bericht des Landesrechnungshofes werden dringend „effektive und wirtschaftliche Verwaltungsstrukturen“ gefordert. Ein weiterer Punkt ist die Entbürokratisierung: Hier wollen wir die Bemühungen der Oberbürgermeisterin zum Abbau der Bürokratie unterstützen, indem hierfür eine eigene Personalstelle

geschaffen wird. Wir Liberale sehen in diesem Punkt hohen Handlungsdruck. Wir fordern analog zu der Haushaltskonsolidierungskommission auch eine „Entbürokratisierungskommission“ einzurichten, die sich aus Vertretern der verschiedenen Fraktionen und den Fachbereichen der Verwaltung zusammensetzt.

4.

Kämmerer Andreas Schwarz hat uns weiterhin informiert, dass eine Genehmigung der Haushaltssatzung samt Haushaltsplan durch die ADD für das Jahr 2025 nur erfolgen kann, soweit größtmögliche Kraftanstrengungen zur Haushaltsverbesserung unternommen werden, welche für die Aufsichtsbehörde deutlich erkennbar sein müssen. Der einzige Vorschlag von seiner Seite war die Erhöhung der Grundsteuer B über das notwendige Maß hinaus.

Eine geplante Erhöhung der Grundsteuer mit einem Hebesatz von 817 %-Punkten bricht das Versprechen der Aufkommensneutralität, da dies zu einer ungleichgewichtigen Belastung von Privatgrundstücken führt. Diese drastische Anhebung ist eine unzumutbare Belastung für alle Bürger. Jede Erhöhung der Grundsteuer belastet auch Mieter direkt. Damit wird die Stadt selbst zum Kostentreiber beim Wohnraum, und man fragt sich:

„Wo bleibt die soziale Verantwortung?“

Für viele private Haushalte kann die Situation „besorgniserregend“ werden. Besonders in einer Zeit, in der die Inflation viele Menschen ohnehin stark unter Druck setzt, ist diese Entscheidung unverantwortlich. Dazu kommen weitere Kostensteigerung der städtischen Gebühren und auch die angekündigte deutliche Erhöhung der Netzentgelte.

„Mehr geht nicht mehr!“

Wir sehen die Verwaltung zunächst in der Verantwortung zu mehr Effizienz und Kostenkontrolle. Die weitere Belastung der Bürger durch diese unangemessenen Grundsteuererhöhungen lehnen wir ab.

Weiterhin sehen wir aufgrund der aktuellen Konjunkturprognosen den im Haushaltsansatz 2025 bei der Gewerbesteuer angegebenen Betrag von 130 Mio.€ in Relation zum Jahr 2024 mit 105 Mio.€ als unrealistisch an.

5.

Zu guter Letzt: In der Politik und in der Presse wird stets darauf hingewiesen, dass das Vertrauen in unsere Demokratie schwindet. Ich teile diese Sorge. Dennoch muss man sich den Realitäten stellen. Wenn eine Demokratie klare Vorgaben in Gesetzesform macht, sich selbst aber an diese Gesetze nicht hält, weshalb sollte man der Demokratie trauen?!

Wenn nach der Gemeindeordnung ein ausgeglichener Haushalt vorzulegen ist, seit Jahrzehnten aber stets unausgeglichene Haushalte beschlossen werden, was ist dann die Gemeindeordnung noch wert?

Wenn unseren Bürgern kostenfreie Kita-Plätze gesetzlich zugesagt werden, über 3.000 Kinder aber sprichwörtlich „im Regen stehen gelassen werden“, weshalb sollten unsere Bürger noch auf Recht und Gesetz, unseren Staat und unsere Demokratie vertrauen?

Wenn der Stadt Ludwigshafen am Rhein verfassungsrechtlich Freiheit der Selbstverwaltung garantiert wird, sie aber in Schulden ertrinkt und handlungsunfähig ist, weshalb sollten unsere Bürger an die Funktionsfähigkeit der Demokratie glauben?

Wir Liberalen appellieren daher nachdrücklich an Land und Bund, unsere Stadt nicht untergehen zu lassen.

Wir Liberalen halten daher fest: Wir stimmen dem Haushalt unter der Prämisse zu, dass eine Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz wegen Verstoß gegen das Konnexitätsgebot erhoben wird.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine frohe Weihnacht und ein glückliches und gutes Neues Jahr.

Dr. Schell

Fraktionsvorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion